



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Montag, 15. April 2024
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:36 Uhr
Sitzungsende öffentlicher Teil: 21:03 Uhr
Ort: Vereinsraum Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas	
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline	
Gemeinderat	Beck Josef	
Gemeinderat	Bell Bernhard	
Gemeinderat	Elbert Andreas	
Gemeinderat	Günther Sven	
Gemeinderat	Hofmann Reinhold	
Gemeinderat	Lang Johannes	
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana	
Gemeinderat	Schwalbe Tobias	
Gemeinderat	Seefried Holger	kommt während TOP 05
Gemeinderat	Stoll Marcus	

Entschuldigt:

Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg

Unentschuldigt:

Gemeinderat	Mödl Maximilian
-------------	-----------------

Sonstige Anwesende:

Verwaltung	XXXXXXXXXX	
Berater	Hoh Ingenieure und Partner mbB, XXXXXXXXXX	TOP 01 - 04 anwesend
Berater	Hoh Ingenieure und Partner mbB, B. Eng. Elektrotechnik XXXXXXXX	TOP 01 - 04 anwesend
Berater	Bachelor-Thesis Architektur XXXXXXXXXX	

Schriftführer/-in:

GLBin	Heike Thoma
-------	-------------

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
------------	---

- 01.** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
- 02.** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2023 (öffentlicher Teil)
- 03.** Präsentation einer Prüfungsarbeit an der Bauhaus Universität Weimar - architektonische Machbarkeitsstudie zur Nutzung des Gemeindegrundstücks Hauptstraße 31 als Einrichtung für seniorenrechtliches Wohnen
- 04.** Ingenieurtechnische Begutachtung der Anwesen Hauptstr. 25 und 31 - mit Vertretern des Ingenieurbüros Hoh
- 05.** Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2024
(mit Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2025 bis 2027)
- 06.** Bebauungsplan Reisgrube: Satzung über den Erlass einer Verlängerung der Veränderungssperre Reisgrube
- 07.** Gemeinde Biebelried; 12. Änderung des Flächennutzungsplans sowie Bebauungsplan "Mehrgenerationenwohnanlage"; Beteiligung der Gemeinde Theilheim gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
- 08.** Zustimmung zu einer Orientierungsfahrt mit PKWs
- 09.** Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 05.02.2023, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
- 10.** Informationen des Ersten Bürgermeisters
- 10.01** Antragsgemäße Verlängerungen Baugenehmigungen KiTA-Interim
- 10.02** Sperrung Treppe Kirchberg zur Kirchgasse
- 10.03** Jakobstalhalle: Problematik Legionellen
- 10.04** Glasfaserausbau - aktueller Sachstand
- 10.05** Fertigstellung der Hubplattform im Treppenhaus der Grundschule
- 10.06** Defibrillatoren an der Jakobstalhalle und am Neuen Rathaus einsatzfähig
- 10.07** Zur Anfrage aus dem Gemeinderat: Vereinsvorstandesitzung
- 10.08** Zur Anfrage aus dem Gemeinderat: Pflege Ehrengrab Pfarrer Hetterich
- 10.09** Vorstandswahlen Feuerwehrverein
- 11.** Fragen aus dem Gemeinderat
- 11.01** Fragen aus dem Gemeinderat: Seifenspende für das WC im Bürgerpark
- 11.02** Fragen aus dem Gemeinderat: Ingenieurtechnische Begutachtung der Anwesen Hauptstr. 25 und 31

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:36 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Im Ratsinformationssystem ist der Vermerk zu der dieser Sitzung voran gegangenen Bürgerfragestunde hinterlegt.

TOP 01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 113	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Zu TOP 06: Die Bezeichnung der Satzung lautet richtig „Satzung über den Erlass einer Verlängerung der Veränderungssperre Reisgrube“; folglich ist die Bezeichnung des TOPs entsprechend zu ändern.

Zum TOP „ad hoc: Zustimmung zu einer Orientierungsfahrt mit PKWs“: Die beantragte Veranstaltung soll am 04.05.2024 stattfinden; eine Fristverlängerung der Gemeinde Theilheim für eine Stellungnahme (Stellungnahme ursprünglich abzugeben bis 09.04.2024) wurde durch das Landratsamt Würzburg bei der Stadt Würzburg beantragt.

Beschluss 1:

Die Tagesordnung wird dringlich um den TOP: „ad hoc: Zustimmung zu einer Orientierungsfahrt mit PKWs“ ergänzt.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

Beschluss 2:

Die Bezeichnung des TOP 06 „Bebauungsplan Reisgrube: Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre Reisgrube - 2. Änderung“ wird geändert in „Bebauungsplan Reisgrube: Satzung über den Erlass einer Verlängerung der Veränderungssperre Reisgrube“.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

Beschluss 3:

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

TOP 02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2023 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 114	

Sachverhalt:

Hinweis: Die Niederschrift ist dieser Beschlussempfehlung bis zur Genehmigung durch den Gemeinderat im RIS als Anlage beigefügt, ebenso der Aktenvermerk zur Bürgerfragestunde.

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 11.03.2023 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 10 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Erster Bürgermeister Herpich enthält sich der Stimme; er war in der Sitzung, deren Niederschrift zu genehmigen ist, nicht anwesend.

TOP 03.	Präsentation einer Prüfungsarbeit an der Bauhaus Universität Weimar -
Lfd. Nr. 115	architektonische Machbarkeitsstudie zur Nutzung des Gemeindegrundstücks Hauptstraße 31 als Einrichtung für seniorengerechtes Wohnen

Sachverhalt:

Das hier beigefügte Dokument ist urheberrechtlich geschützt und darf ohne Einwilligung der Urheberin nicht weitergegeben oder veröffentlicht werden.

Eine aus Theilheim stammende Architekturstudentin, XXXXXXXX, hat im Rahmen ihrer Bachelorarbeit das Gemeindegrundstück Flurnummer 131. - Hauptstraße 31 betrachtet. Aufgrund detaillierter Vermessungsarbeiten im Bestand hat sie eine umfangreiche architektonische Machbarkeitsstudie mit dem folgenden Titel erstellt:

Höfe im Wandel
ein architektonischer Beitrag zur Revitalisierung der Dorfmitte
- Gemeinsam statt Einsam -

Diese Arbeit stellt sie in der heutigen Sitzung persönlich der Öffentlichkeit vor.

Erster Bürgermeister Herpich erteilt XXXXXXXX das Wort:

XXXXXXX präsentiert ihre Prüfungsarbeit. Auf die Anlage zu dem TOP wird verwiesen.

Diskussionsverlauf:

Aus dem Gremium heraus wird die Arbeit von XXXXXXXX sehr gelobt.

Auf Nachfrage erläutert XXXXXXXX, dass die Planung 9 Wohneinheiten für insgesamt 10 Personen vorsieht; die sensible Planung will möglichst wenig verändern; eine genaue Kostenrechnung wurde noch nicht erstellt.

Erster Bürgermeister Herpich dankt XXXXXXXX für ihren guten Vortrag und wird ihr noch eine kleine Aufmerksamkeit überreichen.

TOP 04.	Ingenieurtechnische Begutachtung der Anwesen Hauptstr. 25 und 31 - mit
Lfd. Nr. 116	Vertretern des Ingenieurbüros Hoh

Sachverhalt:

Das Ingenieurbüro Hoh Gebäudetechnik aus Biebelried hat die Anwesen Hauptstraße 25 und 31 untersucht und sich örtlich ein Bild vom Zustand der Gebäudetechnik verschafft. Es hat dazu eine Ist-Bewertung vorgenommen und auf dieser Basis grob die notwendigen Kosten ermittelt, die verausgabt werden müssen, um die Gebäude zum Unterbringen von Flüchtlinge / Asylanten bewohnbar zu machen.

Hauptstraße 25

• Sanitärinstallation	38.000 €
• Heizungsinstallation	48.000 €
• Elektroinstallation	<u>16.000 €</u>
Gesamt:	102.000 €

Hauptstraße 31

• Sanitärinstallation	35.000 €
• Heizungsinstallation	5.000 €
• Elektroinstallation	<u>49.000 €</u>
Gesamt:	89 .000 €

Für beide Objekte liegt man nur für die Ertüchtigung der Haustechnik bei brutto knapp 200.000 €. Nicht berücksichtigt sind dabei Honorare für Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung etc. Hier muss man mit einem Aufschlag von ca. 15 % = 30.000 € = 230.000 € rechnen. In diesen Kosten nicht enthalten sind ferner notwendige Maler- und Fußbodenarbeiten etc.

Die beiden Gebäude wurden vorrangig von der Gemeinde gekauft, um im Verbund mit weiteren Immobilien ein städtebauliches Gesamtkonzept für den Ort zu entwickeln. Investitionen in die Bestandsgebäude sind deshalb unwirtschaftlich und widersprechen jeglichen Haushaltsgrundsätzen.

Diskussionsverlauf:

Erster Bürgermeister Herpich erteilt den XXXXXXXX das Wort; auf die anliegende Präsentation wird verwiesen. Die Ingenieure XXXXXXXXX erläutern, dass der Planungsansatz die Vorgabe hat, die Gebäude „irgendwie bewohnbar zu machen.“ Es sei ein rein funktionaler Ansatz mit möglichst geringem Budget gewählt worden, der Anspruch, der heute an die Haustechnik gestellt wird, kann mit dieser Vorgabe nicht erfüllt werden.

Die vorhandene Gebäudetechnik sei in die Jahre gekommen und dürrtig.

Die Elektrotechnik bedarf in beiden Gebäuden einer umfangreichen Sanierung; es wird davon ausgegangen, dass die Leitungen noch funktional sind.

Die planerisch gewählte Heizung (elektr. Infrarotheizung) für das Anwesen Hauptstraße 31 sei die günstigste Heiztechnik, im Gebäude Hauptstraße 25 soll die Heizungsanlage mit einem neuen Ölkessel und einem neuen Kamin erneuert werden.

Sanitärtechnik: Die Grundleitungen wurden nicht überprüft, der Ansatz sieht auch hier keine Generalsanierung vor, sondern Nutzbarkeit und Funktionalität stehen im Vordergrund: es wurde eine klassische Aufputzinstallation mit Edelstahlrohren geplant (= Austausch der Sanitärleitungen), die Trinkwasserqualität wird erreicht.

Auf Nachfrage aus dem Gremium teilt XXXXXXXX mit, dass mit einer Ausnahme die Heizungsleitungen nicht verrostet seien, es wurden insbesondere keine Nässungen festgestellt.

Mit den präsentierten Maßnahmen können beide Gebäude schnell reaktiviert werden; der planerische Ansatz, der dem Ingenieurbüro Hoh vorgegeben wurde, beinhaltet keine Hochbaumaßnahmen – wohlwissend, dass für eine Nachnutzung eine Generalsanierung erforderlich sein wird.

Auf Nachfrage teilen die Vertreter des Planungsbüros Hoh mit, dass als Zeitraum für die technische Umsetzung mit ca. 4 – 5 Monaten zu rechnen ist; Voraussetzung sei die Verfügbarkeit örtlicher Handwerksbetriebe. Für das Anwesen Hauptstraße 35 bedürfe es einer Genehmigung durch den Kaminkehrer.

Im Gremium wird die notwendige Wohnqualität diskutiert; es wird darauf hingewiesen, dass die Gebäude von ihrer Anforderung her nur bewohnbar sein müssen.

Erster Bürgermeister Herpich weist darauf hin, dass zur Vermeidung einer Belegung der Jakobstallhalle mit Flüchtlingen beide Gebäuden Hauptstraße 35 und 31 für ca. 30 – 35 Flüchtlinge ertüchtigt werden müssen, darunter mache es keinen Sinn. Grundsätzlich ist das Anwesen Hauptstraße 25 leichter zu ertüchtigen.

Auf die Möglichkeit der Nutzung des ehem. XXXXXX-Anwesens wird hingewiesen.

Zur Dringlichkeit der Maßnahmen erläutert Erster Bürgermeister Herpich: Das Ankerzentrum in Geldersheim ist aktuell überbelegt, das Landratsamt Würzburg sucht ständig nach Unterkünften. Eine verlässliche Aussage kann nicht gegeben werden.

Erster Bürgermeister Herpich dankt den XXXXXXXX und verabschiedet sie.

TOP 05.	Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2024
Lfd. Nr. 117	(mit Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2025 bis 2027)

Sachverhalt:

Auf den Vorbericht zum Haushalt 2024 (dem TOP als Anlage beigelegt) wird verwiesen. Erster Bürgermeister Herpich verliest den Vorbericht.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt den Finanzplan für die Jahre 2025 bis 2027 und das Investitionsprogramm in der vorliegenden Fassung. Finanzplan und Investitionsprogramm sind wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses und sind diesem als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan sowie den Stellenplan 2024. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan sind wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses und sind ebenfalls als Anlage beigelegt.

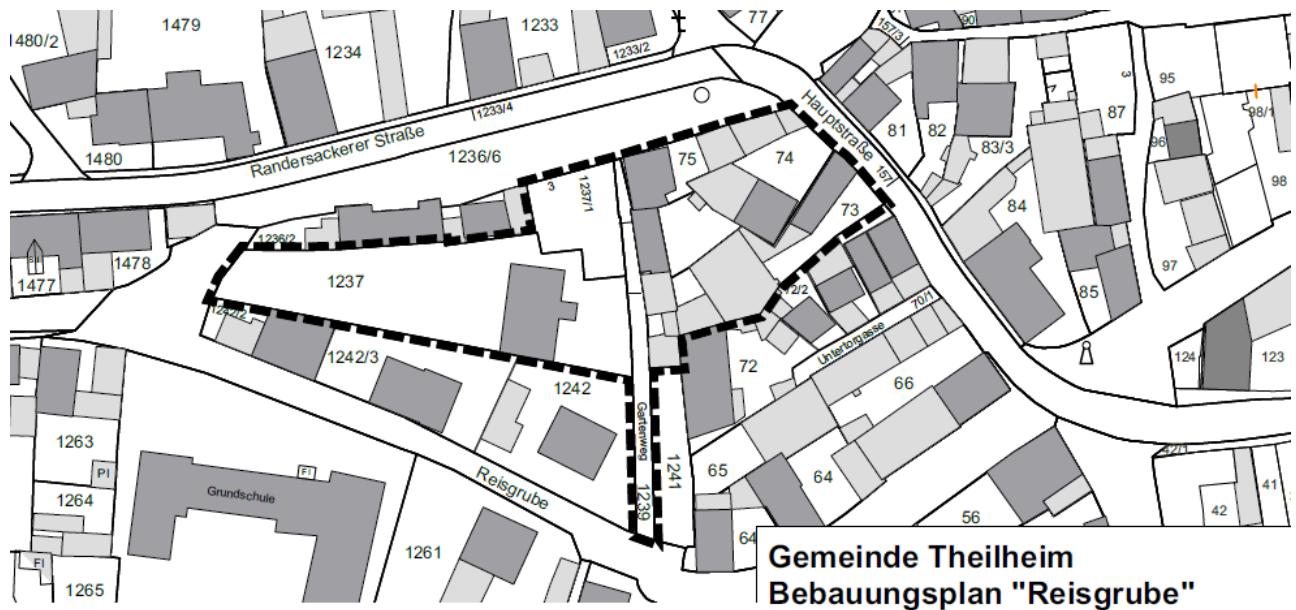
Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 06.	Bebauungsplan Reisgrube: Satzung über den Erlass einer Verlängerung der Veränderungssperre Reisgrube
Lfd. Nr. 118	

Sachverhalt:

Die Gemeinde Theilheim hat am 16.04.2022 eine Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre „Reisgrube“ erlassen; der Erlass der Satzung wurde am 16.04.2022 veröffentlicht; die Satzung ist am 17.04.2022 in Kraft getreten.

Mit Beschluss vom 28.02.2023 wurde der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Reisgrube geändert. Am 15.03.2023 erließ die Gemeinde eine 1. Satzung zur Änderung der Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre „Reisgrube“ mit folgendem Geltungsbereich:



Baugesuche waren im Vorfeld des Satzungserlasses 2022 nicht zurück gestellt worden.

§ 4 Satz 2 der Satzung legt fest, dass die Satzung nach Ablauf von zwei Jahren außer Kraft tritt:

Damit tritt die Satzung der Gemeinde Theilheim über den Erlass einer Veränderungssperre „Reisgrube“ mit Ablauf des 16.04.2024 außer Kraft.

Nach § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB (Baugesetzbuch) kann die Gemeinde die Geltungsdauer der Veränderungssperre um ein Jahr auf bis zu drei Jahre verlängern. Die Frist schließt sich an den Ablauf der Geltungsdauer der zu verlängernden Satzung an.

Die erstmalige Verlängerung steht im Ermessen der Gemeinde. Sie muss ebenso wie die Veränderungssperre selbst als Satzung beschlossen und ortsüblich bekannt gemacht werden.

„Eine dreijährige Veränderungssperre kann im Hinblick auf das zeitlich aufwendige Planverfahren und die zunehmenden Schwierigkeiten auf Grund der „Rahmenbedingungen“ für die Bauleitplanung, insbesondere des Umweltschutzes, heute nicht mehr als ungewöhnlich bezeichnet werden; auch nehmen die planerischen Schwierigkeiten bei der zunehmenden Überplanung bebauter Gebiete im Rahmen der sog. Innenentwicklung zu. Besondere Voraussetzungen werden indessen für Sperren verlangt, die länger als drei Jahre dauern.

Eine erste Verlängerung einer Veränderungssperre ist nach dem Bundesverwaltungsgerichts (Beschl. v. 8.1.1993 – 4 B 258.92, aaO) auch dann grundsätzlich zulässig, wenn innerhalb der Laufzeit der verlängerten Veränderungssperre das Bauleitplanverfahren voraussichtlich nicht abgeschlossen werden kann. Aus welchen Gründen es zu einer Verzögerung im Verfahren der Bauleitplanung kommt, sei für die Zulässigkeit der Verlängerung der Veränderungssperre nach § 17 Abs. 1 Satz 3 BauGB grundsätzlich unerheblich.“ (Ernst/ Zinkahn/ Bielenberg/ Krautzberger, Baugesetzbuch, Werkstand: 152. EL Oktober 2023, Rdnr. 29 zu § 17 BauGB).

Ausblick: Wenn besondere Umstände es erfordern, kann die Gemeinde 2025 die Frist bis zu einem weiteren Jahr (auf dann insgesamt vier Jahre) nochmals verlängern.

Anmerkung zum Inkrafttreten: Erster Bürgermeister Herpich fertigt die Satzung noch heute aus; es erfolgt am 16.04.2024 die Niederlegung der Satzung im Rathaus und der Aushang der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung an der Amtstafel. Damit tritt die Verlängerung der Veränderungssperre unmittelbar im Anschluss an die Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre „Reisgrube“ in Kraft.

Diskussionsverlauf:

Das Bauleitplanverfahren soll nach den Europawahlen möglichst zügig weiter betrieben werden.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim erlässt eine Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre „Reisgrube“; der Text der Satzung liegt diesem Beschluss bei und ist dessen wesentlicher Bestandteil.

Auf die Vorschriften des § 18 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB über die Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögensnachteile durch die Veränderungssperre nach § 18 und des § 18 Abs. 3 BauGB über das Erlöschen der Entschädigungsansprüche bei nicht fristgemäßer Geltendmachung ist in der Bekanntmachung hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 07.	Gemeinde Biebelried; 12. Änderung des Flächennutzungsplans sowie
Lfd. Nr. 119	Bebauungsplan "Mehrgenerationenwohnanlage"; Beteiligung der Gemeinde Theilheim gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Sachverhalt:

Die Gemeinde Biebelried beabsichtigt die 12. Änderung ihres Flächennutzungsplanes parallel zum Aufstellen eines Bebauungsplanes „Mehrgenerationenwohnanlage“. Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wird die Gemeinde Theilheim als Nachbargemeinde an dem Verfahren beteiligt. So besteht die Möglichkeit, sich dazu bis zum 22.04.2024 zu äußern.

Aus dem Bebauungsplan bzw. der Begründung zum Bebauungsplan ergeben sich die Ziele, die die Gemeinde Biebelried mit dieser Bauleitplanung verfolgt. So ist die Gemeinde Biebelried bzw. ein bereits gefundener Investor im Besitz der 2,64 ha großen, überplanten Fläche.

Angestrebt ist das Errichten einer Pflegeeinrichtung mit ca. 60 Pflegeplätzen für unterschiedliche Pflegearten. Weiterhin sollen ca. 45 Wohneinheiten für betreutes Wohnen sowie eine Tagespflegeeinrichtung generiert werden.

Um den gewünschten Generationsmix sicherstellen zu können, werden zudem ca. 70 Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern vorgesehen.

Abgerundet werden soll das Projekt durch Arzt- und Physiotherapiepraxen, einen Filialbäcker mit Café sowie einem Einzelhandelsmarkt für die Nahversorgung mit weniger als 800 m² Verkaufsfläche.

Beschluss 1:

Die Planungen der Gemeinde Biebelried werden zur Kenntnis genommen. Einwände oder Anregungen bestehen nicht.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 08.	Zustimmung zu einer Orientierungsfahrt mit PKWs
Lfd. Nr. 120	

Sachverhalt:

Dieser Tagesordnungspunkt soll vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates noch kurzfristig auf die Tagesordnung genommen werden:

Am 28.03.2024 wurde die Gemeinde Theilheim von der Abteilung für Verkehrswesen (FB16) des Landkreises angeschrieben und um eine Stellungnahme zu einer geplanten „Orientierungsfahrt mit PKWs“ im Ortsbereich der Gemeinde Theilheim gebeten.

Diesen Antrag hat 1. Bürgermeister Herpich am 07.04.2024 mit folgender Begründung abgelehnt:

„als Vertreter der Gemeinde Theilheim, **muss ich dem Antrag die Zustimmung verweigern.**

Die Anwohner der Staatsstraße 2272 im Ortsbereich der Gemarkung Theilheim (Randersackerer Straße, Hauptstraße und Westheimer Straße) sind bereits über Gebühr durch Lärm und Abgase belastet. Dies gilt behelfsweise auch der Befahrung der Kreisstraße WÜ64 (Biebelrieder Straße) im Ortsbereich. Die Beschreibung der vorgesehenen Fahrtstrecke aus dem Antrag ist hier nicht schlüssig.

Alleine in den letzten drei Wochen wurde die Ortsdurchfahrt der Gemeinde Theilheim am 27.03.2024, 03.04.2024 und 05.04.2024, durch Ausweichverkehre von der BAB3, weit über die Grenzen des Erträglichen belastet.

Am 27.03.2024 wurde ich persönlich durch einen Moldawischen (Moldauer?) LKW Fahrer bedroht und gefährdet.

Zeitweise quälen sich bis zu 1.400 zusätzliche Kraftfahrzeuge durch unsere enge Ortsdurchfahrt, darunter rund ein Drittel schwere LKW.

Eine sichere Querung der Staatsstraße für Fußgänger und Radfahrer ist dann nicht mehr möglich (blockierte Behelfsampel in Höhe der Reisgrube 1, fehlende sichere Überquerung der Staatsstraße i.H. der Bushaltestelle Kilian-Wallrapp-Straße, aufgrund der nicht nachvollziehbaren, pauschalen Ablehnung der Straßenbaubehörde.

Eine weitere, zusätzliche und unnötige Belastung der Bewohner des o.g. Bereiches, ist daher nicht zumutbar und auch nicht vermittelbar.

Die Anmeldung von ca. 30 Teilnehmern, wage ich aufgrund ähnlich gelagerter, früherer Veranstaltungswünsche zu bezweifeln. Bei Vorlage verbindlicher Anmeldelisten bis zum

09.04.2024, nehme ich das Thema noch auf die öffentliche Tagesordnung unserer Gemeinderatssitzung am 15. April 2024.“

Am 09.04.2024 hat der Antragsteller eine vertiefte Streckenbeschreibung vorgelegt. Hier ist keine grundsätzliche Veränderung zur ursprünglichen Planung erkennbar. Die Randersackerer Straße, Hauptstraße und Westheimer Straße werden weiterhin durchfahren.

Neu hinzugekommen ist lediglich die Verbindungsstraße von der Biebelrieder Straße zur Westheimer Straße über die Neumühle.

Diskussionsverlauf:

- Aus dem Gemeinderat wird eine andere Haltung vertreten; solche Ausfahrten hätten Tradition. Die Theilheimer würden gerne am Rand solcher Veranstaltungen als Zuschauer stehen. Die Veranstalter würden sich besondere Mühe geben. Außerhalb von Theilheim hätten bereits mehrere Abgeordnete und andere Bürgermeister die Entscheidungen der Gemeinde Theilheim zu diesem Thema hinterfragt: Man werde angesprochen, was denn in Theilheim los sei.
- Es wird ergänzend die Auffassung vertreten, dass nur 30 PKWs ausfahren würden (keine Höchstgeschwindigkeit), Theilheim sollte sich nicht ausschließen.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim lehnt derartige „Motorsport“ Veranstaltungen im Ortsgebiet der Gemeinde aus Immissions- und Umweltschutz Gesichtspunkten grundsätzlich ab.

Abstimmungsergebnis: 2 : 10

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

TOP 09.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 05.02.2023, für die die
Lfd. Nr. 121	Nichtöffentlichkeit weggefallen ist

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Bei folgenden, in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Beschlüssen ist die Geheimhaltung entfallen:

Datum	Gremium	Nr.	Tagesordnungspunkt										
05.02.2023	Gemeinderat	064	<p>InterimsKiTA: Nachtrag 12 (Mietzeitverlängerung 01.03.2024 - 31.12.2024) - Fa. KB Container & Dringlichkeitsentscheidungen des Ersten Bürgermeisters</p> <p>Mit dem Abschluss der Nachtragsvereinbarung für den Nachtrag Nr. 12 im Auftragswert von geprüft EUR 315.350,00 brutto gemäß der Nachtragsbegründung des Architekturbüros Brückner & Brückner besteht Einverständnis.</p> <table><tr><td>Summe des erteilten Auftrags</td><td>772.262,40 EUR</td></tr><tr><td>Summe bisheriger Nachträge 01 – 11</td><td>46.246,80 EUR</td></tr><tr><td>Summe der bisherigen Gesamtvergütung</td><td>818.509,20 EUR</td></tr><tr><td>Summe Nachtrag 12</td><td>315.350,00 EUR</td></tr><tr><td>Summe neue Gesamtvergütung</td><td>1.133.859,20 EUR</td></tr></table>	Summe des erteilten Auftrags	772.262,40 EUR	Summe bisheriger Nachträge 01 – 11	46.246,80 EUR	Summe der bisherigen Gesamtvergütung	818.509,20 EUR	Summe Nachtrag 12	315.350,00 EUR	Summe neue Gesamtvergütung	1.133.859,20 EUR
Summe des erteilten Auftrags	772.262,40 EUR												
Summe bisheriger Nachträge 01 – 11	46.246,80 EUR												
Summe der bisherigen Gesamtvergütung	818.509,20 EUR												
Summe Nachtrag 12	315.350,00 EUR												
Summe neue Gesamtvergütung	1.133.859,20 EUR												

TOP 10.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 122	

TOP 10.01	Antragsgemäße Verlängerungen Baugenehmigungen KiTA-Interim
Lfd. Nr. 123	

Sachverhalt:

Das Landratsamt Würzburg hat mit Bescheiden vom 21.03.2024 jeweils antragsgemäß für die Maßnahmen

- Errichten eines Containerbaus als Interim-Kindertagesstätte für 3 Kleinkind- und 4 Kindergartengruppen / 136 Kinder, und
 - Nutzungsänderung Sportheim zu Räumen für die Interim-Kindertagesstätte
- die Geltungsdauer der beiden Baugenehmigungen befristet bis längstens 31.03.2025 verlängert.

TOP 10.02	Sperrung Treppe Kirchberg zur Kirchgasse
Lfd. Nr. 124	

Sachverhalt:

Der Grundstücks- und Bauausschuss verschaffte sich im Rahmen seiner Sitzung am 22.03.2024 einen Eindruck vom Zustand der Treppenanlage mit der Stützmauer im Norden. Es wurde festgestellt, dass Handlungsbedarf besteht. Die vom Statiker aus Sicherheitsgründen empfohlene Sperrung der Treppe bleibt bestehen.

Es wurde folgender Beschluss gefasst: **Die Verwaltung wird beauftragt, für die Sanierung der Treppenanlage mit der Stützmauer durch Einschalten eines Bodengutachters sowie eines Statikers ein Sanierungskonzept entwickeln zu lassen.**

Die entsprechenden Schritte wurden von Seiten der Verwaltung unternommen.

TOP 10.03	Jakobstalhalle: Problematik Legionellen
Lfd. Nr. 125	

Sachverhalt:

Das Büro Henle aus Randersacker-Lindelbach hat aufgrund der erhöhten Legionellenwerte auf Veranlassung des Gesundheitsamtes hin eine Gefährdungsbeurteilung erstellt. Das Büro Henle wurde zur Sitzung des Grundstücks- und Bauausschusses am 22.03.2024 eingeladen, um seine Feststellungen und Empfehlungen durch Trinkwasseranlage der Jakobstalhalle zu erläutern.

So wurde festgestellt, dass beim Bau der Jakobstalhalle für die Trink- und Löschwasserversorgung ein Leitungssystem verlegt wurde. Aufgrund von Änderungen bei der Trinkwasserverordnung erfolgte im Jahr 2016 eine Trennung. So gibt es für die Löschwasserversorgung nun 2 Trockenleitungen, über die bei Bedarf Löschwasser in das Gebäude transportiert werden kann.

Allerdings wurden damals die groß dimensionierten Wasserleitungen nicht zurückgebaut. Wenn in diesen großen Leitungen Wasser länger steht, erwärmt es sich, was dann zu einer erhöhten Legionellenbildung führt.

Die Ausstattung der Wasserentnahmestellen in der Jakobstalhalle mit Legionellenfiltern ist übergangsweise möglich, wird aber als Dauerlösung vom Gesundheitsamt nicht akzeptiert. Zudem sind die Legionellenfilter mit ca. 100 € pro Stück und je Wasserventil sehr teuer. Aufgrund des bei uns sehr kalkhaltigen Wassers müssen sie außerdem nach einer Gebrauchszeit von 30 Tagen ausgetauscht werden.

Nach Ansicht des Büros Henle müssen zu groß dimensionierte Trinkwasserleitungen zurückgebaut werden, um dadurch eine ausreichende Durchströmung der Trinkwasserleitungen zu erzielen. Die Wasserventile, die im Jahr 2016 in den Duschen installiert wurden und über die eine automatische Spülung der Wasserleitungen erfolgt, sind dafür nicht ausreichend. Es wurde vorgeschlagen, durch ein Fachbüro eine Rohrnetzberechnung durchführen zu lassen sowie das Nutzungsverhalten (Stichwort Raumbuch) in der Jakobstalhalle in punkto Wasserverbrauch zu ermitteln.

Nach eingehender Beratung wurde folgender Beschluss gefasst:

Das Labor der Fernwasserversorgung Franken erhält den Auftrag für Ziehen und Auswerten weiterer Wasserproben in der Jakobstalhalle. Proben sind nur an reinen Kalt- oder Warmwasserventilen, und nicht an Mischwasserventilen zu entnehmen. Je nach Ergebnis erfolgt eine Teilfreigabe der Duschen mit Hinweis auf die Gefährdungslage (temporäre Teilausstattung der Duschen mit Legionellenfiltern).

Ein Fachbüro (Büro Hoh aus Biebelried) erhält den Auftrag für das Ausarbeiten eines Sanierungskonzepts für die Trinkwasseranlage der Jakobstalhalle in Bezug auf die Legionellenbildung. Die Beauftragung erfolgt schrittweise zunächst mit einer Rohrnetzberechnung im Zusammenhang mit dem noch zu ermittelnden Nutzungsverhalten (Sichtwort Raumbuch).

Die Fernwasserversorgung Franken hat am 02.04.2024 erneut Wasserproben gezogen. Das Ergebnis liegt noch nicht vor. Ein Fachbüro wurde mit der Rohrnetzberechnung beauftragt. Mit ihm wird das Nutzungsverhalten abgestimmt.

Mittlerweile wurden in den Duschen 1 und 2 jeweils 2 Duschköpfe mit Legionellenfiltern ausgestattet, so dass in der Jakobstalhalle wieder geduscht werden kann. Die anderen Duschköpfe wurden außer Betrieb gesetzt. So muss eine Filtereinheit, die brutto 115 € kostet, nach 30 Tagen ausgetauscht werden.

TOP 10.04	Glasfaserausbau - aktueller Sachstand
Lfd. Nr. 126	

Sachverhalt:

Die 1. Stufe des Glasfaserausbaus in Theilheim sollte eigentlich schon 2023 abgeschlossen sein. Leider kam es immer wieder zu Verzögerungen, die die Gemeinde nicht zu verantworten hat. Es liegt bis heute kein Zeitplan für den Ausbau vor. Das von der Telekom beauftragte Unternehmen hat an vielen Stellen im Ort beim Verlegen von Grundstücksanschlüssen Eigentümer unter Druck gesetzt, was von der Gemeinde von Anfang an bei der Telekom bemängelt wurde. Man sieht nun vielerorts die Glasfaserkabel aus dem Untergrund ragen. Mehr ist leider noch nicht passiert.

Aufgrund eines besonders schweren Vorfalls am Eibelstädter Weg hat sich die Telekom nun veranlasst gesehen, für die Arbeiten zum Glasfaserausbau im Ortsbereich von Theilheim eine andere Firma zu beauftragen. Darüber wurde die Verwaltung bei einer Besprechung am 03.04.2024 von der Telekom informiert.

Die Verwaltung hofft, dass die Gemeinde nun zeitnah einen Zeitplan erhält, über den die Bevölkerung informiert werden kann. Zusammenhängend damit muss den betroffenen Grundstückseigentümern künftig die Möglichkeit gegeben werden, sich ausreichend Gedanken darüber machen zu können, an welcher Stelle der Anschluss am zweckmäßigsten ist.

TOP 10.05	Fertigstellung der Hubplattform im Treppenhaus der Grundschule
Lfd. Nr. 127	

Sachverhalt:

Nach mehrmaliger Verschiebung (Hort- und Schulbetrieb) wurde die Hubplattform nun in den Osterferien fertiggestellt.

Eine Abnahme durch den TÜV steht noch aus.

TOP 10.06	Defibrillatoren an der Jakobstalhalle und am Neuen Rathaus einsatzfähig
Lfd. Nr. 128	

Sachverhalt:

Die Verwaltung hat 2 Defibrillatoren angeschafft. Sie werden am Neuen Rathaus zur Bachstraße hin sowie rechts des Haupteingangs zur Jakobstalhalle angebracht werden. Sie müssen mit einem Stromanschluss versehen werden, damit die Funktionsfähigkeit auch im Winter bei Frost gewährleistet ist. Die Handhabung der Geräte ist sprachgesteuert und deshalb auch für Laien einfach zu bedienen.

Die Anschaffungskosten betragen 4.174 €. Die Allianz MainDreieck gibt dazu aus dem Regionalbudget dankenswerterweise einen Zuschuss in Höhe 1.500 €.

Es ist eine Vorführung zum Einsatz der Defibrillatoren für Senioren geplant.

TOP 10.07	Zur Anfrage aus dem Gemeinderat: Vereinsvorstandesitzung
Lfd. Nr. 129	

Sachverhalt:

Eine Sitzung ist terminiert für Mittwoch, 24.07.2024, 18:00 Uhr, Jakobstalhalle.

TOP 10.08	Zur Anfrage aus dem Gemeinderat: Pflege Ehrengrab Pfarrer Hetterich
Lfd. Nr. 130	

Sachverhalt:

Für verdiente Gemeindebürger wurde im Waldfriedhof eine Ehrengräberabteilung mit sechs Doppelgrabstätten festgelegt.

Den Hinterbliebenen werden diese Grabstätten gebührenfrei für unbefristete Zeit zur Verfügung gestellt (s. Gemeinderatsbeschluss vom 18. Juni 1980).

Herrn Pfarrer Adam Hetterich wurde als Ehrenbürger der Gemeinde Theilheim mit Gemeinderatsbeschluss vom 08. Juni 1983 ein Ehrengrab zur Verfügung gestellt.

Die Pflege des Grabes erfolgte bis ins Jahr 2016 durch Privatpersonen XXXXXXXXX.

Im Oktober 2016 wurde die Gemeinde Theilheim darüber informiert, dass keine weitere Pflege des Grabes durch die XXXXXXXXX erfolgen wird.

Der ehemalige Bürgermeister Henig hat im Dezember 2016 den Vertreter der Kath. Kirchenstiftung in Theilheim, XXXXXXXXX informiert, dass eine Grabpflege durch die Gemeinde Theilheim nicht mit der Einräumung eines Ehrengrabes verbunden ist.

XXXXXXX wurde deshalb angeboten, den Grabstein stehen zu lassen und das Grab als Rasengrab weiterzuführen.

In einem Gespräch des ehemaligen Bürgermeister Henig mit XXXXXXX hat sich diese bereit erklärt, die Grabpflege zu übernehmen, solange es ihr möglich ist. Die Auslagen für Blumen und Sträucher gibt XXXXXXX zur Kostenübernahme an die Gemeinde weiter.

TOP 10.09	Vorstandswahlen Feuerwehrverein
Lfd. Nr. 131	

Sachverhalt:

Vorstandswahlen des Feuerwehrvereins erfolgreich durchgeführt

Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl am 07.03.2024

Bei dieser Versammlung wurde Dominik Kampf großer Mehrheit zum ersten Vorsitzenden des Feuerwehrvereins 1896 e.V. gewählt. Für die anderen offenen Ämter des Gesamtvorstandes fanden sich keine Bewerber.

Mitgliederversammlung mit Vorstandsnachwahlen am 11.04.2024

Die zweite Wahlversammlung indes, war erfolgreicher: Sämtliche vakanten ehrenamtlichen Positionen im Gesamtvorstand konnten nachbesetzt werden.

Zum zweiten Vorstand wurde Klaus Wegmann mit großer Mehrheit gewählt.

In die Position des Kassiers, die durch die Wahl von XXXXXXXX zum ersten Vorsitzenden vakant geworden war, wurde XXXXXXXXX einstimmig gewählt.

Schriftführer weiterhin: XXXXXXXXXX

Neugewählte Beisitzer, einstimmig gewählt: XXXXXXXXX, XXXXXXXX, XXXXXXXXX und XXXXXXXXX.

Einstimmig im Amt bestätigt, die beiden Kassenprüfer: XXXXXXXXX und XXXXXXXXX.

Sowohl die beiden neugewählten Vereinsvorsitzenden als auch der 1. Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr, Jürgen Heßmann, betonten ausdrücklich, dass sie den erfolgreichen Abschluss der Vorstandswahlen des Feuerwehrvereins, als Zeichen für den Blick nach vorne sehen würden. Insbesondere die hohe Zahl von jungen Amtsinhabern lasse für die weitere Entwicklung der Feuerwehr hoffen. Alle drei betonten auch, dass sie erwarten würden, dass die bisherigen „Störmanöver“ nun aufhören würden.

Auf Wunsch des Opfers der Verleumdungskampagne wird dieser unerhörte Vorfall bis auf Weiteres nicht mehr weiterverfolgt.

Antwort des 1. Bgm. auf die Frage von Gemeinderat Mödl, FDP, woher die Mittel für die Auslobung einer Belohnung i.H.v. 5.000 € stammen würden:

Diese stammen aus den gleichen Haushaltsmitteln, wie bereits die Auslobung einer Belohnung im Jahr 2022 (Baumfrevel am Spielplatz in der Oberlehrer-Beck-Straße).

Verwaltungshaushalt A.0000.4090 Gemeinde-, Kreis- und Bezirksorgane

Persönlicher Kommentar des Ersten Bürgermeisters zu einer Aussage eines Gemeinderates in der Main-Post (17.03.2024) „Es gebe viel Unverständnis, dass (das) so ein Drama ist“.

Erster Bürgermeister Herpich betont, dass er sich persönlich vor diese Menschen stelle, die uneigennützig sich ehrenamtlich 24/7 zur Verfügung stellen. Ansonsten hätten die gesamte Feuerwehrler ihre Ämter niedergelegt; dann wäre eine Zwangsverpflichtung zum Feuerwehrdienst die Konsequenz gewesen.

TOP 11.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 132	

TOP 11.01	Fragen aus dem Gemeinderat: Seifenspender für das WC im Bürgerpark
Lfd. Nr. 133	

Diskussionsverlauf:

Es wird gebeten, einen Seifenspender zu installieren.

TOP 11.02	Fragen aus dem Gemeinderat: Ingenieurtechnische Begutachtung der Anwesen Hauptstr. 25 und 31
Lfd. Nr. 134	

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass die Sitzungsvorbereitung mit heißer Nadel gestrickt worden sei; er entschuldigt sich für den Sachvortrag, wonach die Investitionen in die Bestandsgebäude unwirtschaftlich seien und jeglichen Haushaltsgrundsätzen widersprechen würden.

Es sei geplant, die Planung des Ingenieurbüros Hoh dem Landratsamt Würzburg vorzulegen, verbunden mit der Nachfrage nach einer Bezuschussung. Auf dieser Grundlage werde der Gemeinderat anschließend eine Entscheidung treffen.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 06.05.2024 statt und wird von Zweiter Bürgermeisterin Ruf geleitet werden.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma
GLBin